



GEMEINSCHAFTS-DIAGNOSE

Zur Gefahr einer Gaslücke in Deutschland bei einem Wegfall russischer Lieferungen – Sonderauswertung Juni 2022

Die Gaslücke, die sich bei einem sofortigen Stopp russischer Erdgaslieferungen noch im April ergeben hätte, besteht nicht mehr. Trotz mittlerweile deutlich besser gefüllter Gasspeicher sind damit aber noch nicht alle Risiken für die Gasversorgung der Industrie im Winterhalbjahr 2022/2023 gebannt. Es ist daher ratsam, zeitnah die Preissignale bei den Verbrauchern ankommen zu lassen.

In ihrem Mitte April erschienenen [Frühjahrgutachten](#) haben die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute in einem Szenario die wirtschaftlichen Effekte eines sofortigen Stopps russischer Gaslieferungen analysiert. Hierzu wurde die monatliche Gasverfügbarkeit in Deutschland mit Hilfe eines stochastischen Simulationsmodells ermittelt, das mögliche Einsparpotenziale und zusätzliche Liefermengen berücksichtigt. Im Median der Simulationsläufe (halbe Strecke zwischen ungünstigstem und günstigstem Ergebnis) wäre bei einem damaligen Lieferstopp im Jahr 2023 eine Gaslücke im Umfang von 35,5 TWh aufgetreten, was zu erheblichen Einschnitten bei der Gasversorgung für den industriellen Bedarf geführt und dort die Produktion eingeschränkt hätte ([Methodenbeschreibung](#)).

Stand damals vor allem die Frage im Raum, welche ökonomischen Effekte ein von westlicher Seite verhängter Gasimportstopp aus Russland bedeutet, haben die jüngst von russischer Seite gedrosselten Durchleitungsmengen die möglichen Folgen und wirtschaftspolitischen Reaktionen bei einem Lieferstopp erneut in den Fokus gerückt. Deshalb haben die Institute ihre stochastischen Simulationen aktualisiert und die Gasverfügbarkeit in Deutschland abgeschätzt. Hierbei sind die zuletzt beobachteten Füllstände der Gasspeicher berücksichtigt, die leicht unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegen.

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft
(IfW Kiel)
Tel +49 431 8814 579
Tel +49 30 2067 9664
stefan.kooths@ifw-kiel.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Tabelle

Gaslücke und Wertschöpfungsausfall bei wegfallenden russischen Gaslieferungen

Beginn des Lieferstopps	Gaslücke in TWh					Wertschöpfungsausfall (IO-Impuls) in Mrd. Euro				
	Worst Case	20%-Quantil	Median	80%-Quantil	Best Case	Worst Case	20%-Quantil	Median	80%-Quantil	Best Case
April	54,1 198,5	– 102,1	– 35,5	– –	– –	4,6 438,1	– 197,6	– 68,8	– –	– –
Mai	17,2 198,5	– 70,9	– 5,0	– –	– –	– 389,0	– 137,6	– 9,8	– –	– –
Juni	– 163,1	– 23,8	– –	– –	– –	– 294,1	– 46,7	– –	– –	– –
Juli	– 157,6	– 23,8	– –	– –	– –	– 283,4	– 46,2	– –	– –	– –
August	– 152,4	– 25,2	– –	– –	– –	– 273,0	– 49,2	– –	– –	– –
September	– 144,3	– 23,9	– –	– –	– –	– 256,8	– 46,3	– –	– –	– –
Oktober	– 134,7	– 21,4	– –	– –	– –	– 237,5	– 41,8	– –	– –	– –
November	– 107,8	– 1,9	– –	– –	– –	– 185,8	– 3,8	– –	– –	– –
Dezember	– 93,1	– –	– –	– –	– –	– 158,3	– –	– –	– –	– –

20%-Quantil (80%-Quantil): 20% (80%) der Simulationsergebnisse sind ungünstiger, 80% (20%) günstiger Werte in den Zellen beziehen sich auf das Jahr 2022 (erste Zeile) und 2023 (zweite Zeile).

Wertschöpfungsausfall: Erst- und Zweitrundeneffekt im Produzierenden Gewerbe, verkettete Volumenwerte (Referenzjahr 2015).

© Gemeinschaftsdiagnose 2022

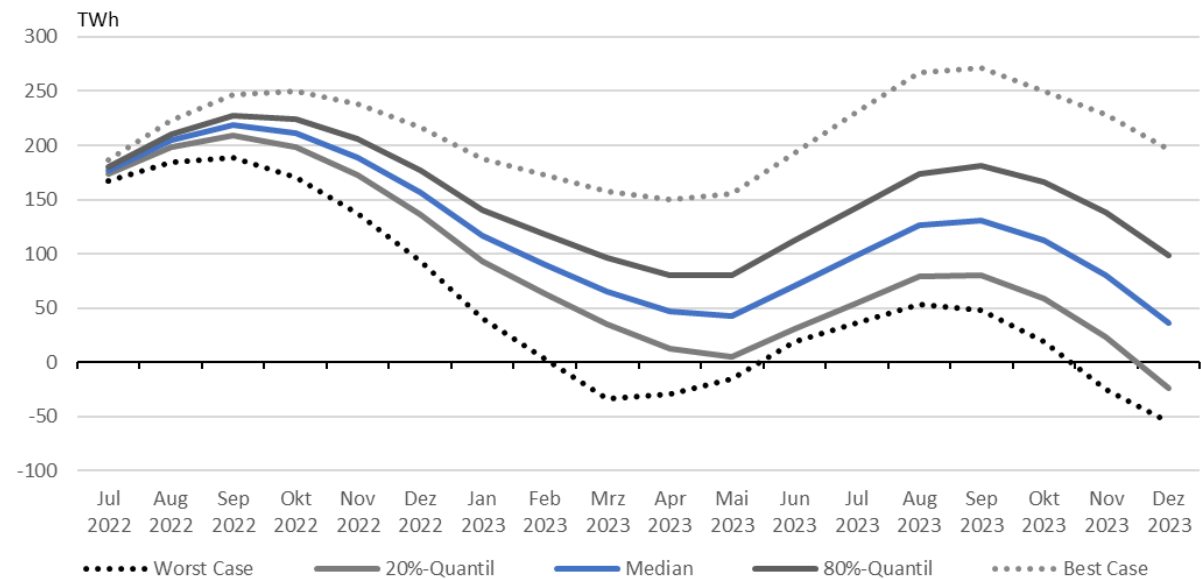
Waren die deutschen Gasspeicher im vergangenen April nur zu 30% gefüllt, so hat der Füllstand zuletzt 58% erreicht. Damit ergibt sich nunmehr im Median der Ergebnisse – anders als bei einem Lieferstopp ab April – bei einem sofortigen Lieferstopp keine Gaslücke im kommenden Jahr (vgl. Tabelle). Grund dafür ist, dass zwischenzeitlich mehr Gas nach Deutschland geströmt ist und gespeichert wurde, als sonst im kommenden Jahr gefehlt hätte. Das zeitliche Profil der Gasverfügbarkeit (vgl. Abbildung 1) und der Speicherfüllstände (vgl. Abbildung 2) für einen sofortigen Lieferstopp zeigt, dass die Speicher im Median der Ergebnisse bis Ende 2023 positive Füllstände aufweisen und damit die industriellen Verbraucher nicht rationiert werden müssen.

Gleichwohl ist die Versorgung der Industrie bei einem sofortigen Stopp russischer Lieferungen nicht in jedem Fall gesichert. So ergibt sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 20% im kommenden Jahr eine Gaslücke von mindestens 23,8 TWh, im Worst Case fehlen sogar fast 160 TWh. Allein durch den daraus resultierenden Produktionsausfall in den gasintensiven Industrien und ihren unmittelbaren Abnehmern (so genannter IO-Impuls) käme es den Berechnungen der Institute zufolge zu einem Wertschöpfungsverlust von rund 46 Mrd. Euro (20%-Quantil) bzw. 283 Mrd. Euro (Worst Case). Die entspricht 1,6% bzw. 9,9% der Wirtschaftsleistung des Jahres 2021 [Korrektur gegenüber Ursprungsfassung. Die alten Werte 1,4% und 8,9% bezogen sich auf das BIP, nicht auf die Bruttowertschöpfung]. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten dürften noch deutlich größer ausfallen, da zu den unmittelbaren Kosten des IO-Impulses noch konjunkturelle Verstärkungseffekte sowie der Kaufkraftentzug infolge höherer Energiepreise hinzukämen. So fiel der Gesamteffekt, den die Institute im Frühjahr im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Kreislaufanalyse für einen damaligen Lieferstopp ermittelt hatten, gut dreimal so hoch aus wie der IO-Impuls. Entwarnung gibt das Modell allerdings für Szenarien, bei denen die derzeit auf 40% gedrosselten russischen Lieferungen fortgesetzt werden. In diesem Fall droht auch bei ungünstigen Konstellationen kein Gasengpass für die Industrie.

Abbildung 1

Erdgasverfügbarkeit über den Bedarf hinaus

Simulationsergebnisse bei einem Stopp russischer Lieferungen ab Juli 2022



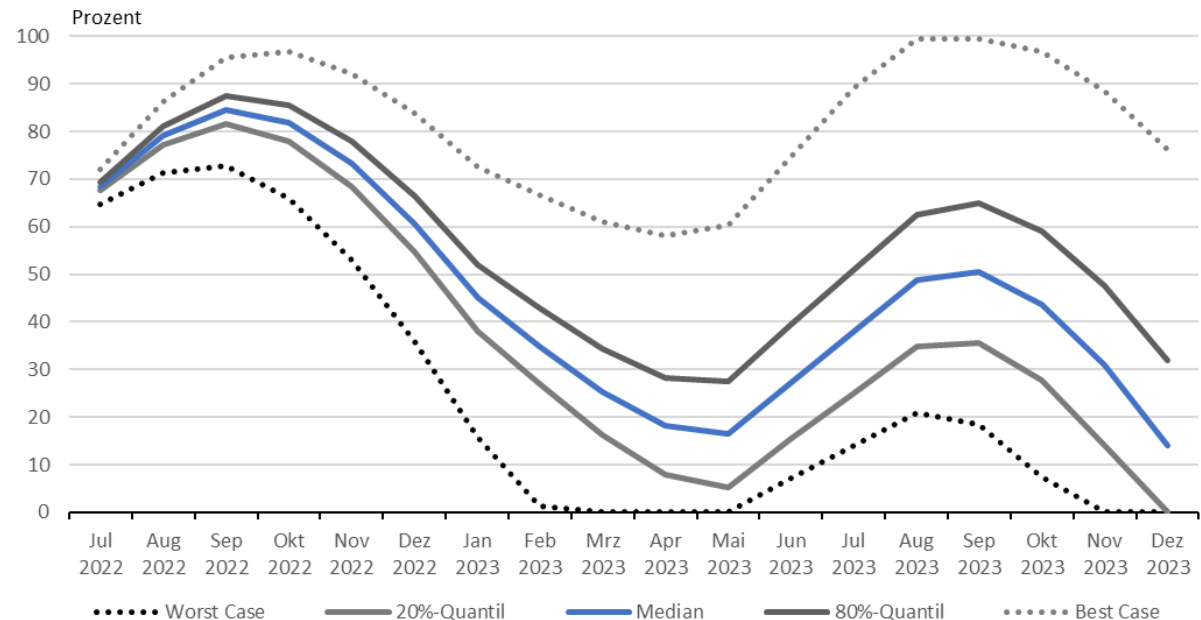
20%-Quantil (80%-Quantil): 20% (80%) der Simulationsergebnisse sind ungünstiger, 80% (20%) sind günstiger.

© Gemeinschaftsdiagnose 2022

Abbildung 2

Füllstand der deutschen Erdgasspeicher (Werte am Monatsende)

Simulationsergebnisse bei einem Stopp russischer Lieferungen ab Juli 2022



20%-Quantil (80%-Quantil): 20% (80%) der Simulationsergebnisse sind ungünstiger, 80% (20%) sind günstiger.

© Gemeinschaftsdiagnose 2022

Am Ende des Simulationszeitraums weisen die Gasspeicher im Vorjahresvergleich erheblich niedrigere Füllstände auf (14,1% im Dezember 2023 gegenüber 60,6% im Dezember 2022). Damit wäre die deutsche

Wirtschaft mit Blick auf die Gastversorgung deutlich schlechter für das Jahr 2024 gerüstet. Allerdings dürften dann auch weitere Lieferquellen in Reichweite kommen, die in der Simulation noch nicht berücksichtigt sind. Dies setzt voraus, dass mögliche Lieferländer den freien Gashandel zulassen und ihrerseits keine Exportbeschränkungen verhängen. Hierzu könnte es in der Absicht kommen, die heimischen Kunden in den Lieferländern vor steigenden Gaspreisen abzuschirmen. Denn mit dem Nachfragesog aus Europa ziehen auch die Gaspreise in der übrigen Welt an. Somit unterliegt die Substitution russischer Lieferungen immer auch einem Protektionismusrisiko.

Die Politik sollte auf marktwirtschaftliche Instrumente setzen, um die Anpassung an den negativen Energieschock möglichst effizient zu gestalten. Dazu ist es erforderlich, dass die gestiegenen Beschaffungskosten für Energieträger zeitnah an die Verbraucher weitergegeben werden, damit der Energieverbrauch sinkt und die günstigeren Konstellationen der Gasverfügbarkeit wahrscheinlicher werden. Hierzu zählt auch das Aktivieren des Preisanpassungsmechanismus gemäß §24 Energiesicherungsgesetz. Da höhere Preise bereits einen starken Anreiz für die Einsparung von Energie liefern, sind zusätzliche staatliche Anreize zum Energiesparen nicht notwendig; vielmehr würden sie vermutlich ungünstige Verteilungswirkungen entfalten, weil die faktischen Möglichkeiten, kurzfristig Energie sparen zu können, ungleich verteilt sind. Stattdessen sollten bedürftige Haushalte, die den Preisanstieg für Energie aus eigener Kraft nicht schultern können, durch gezielte Transfers unterstützt werden. Da die deutsche Wirtschaft durch den Energieschock gesamtwirtschaftlich an Kaufkraft ans Ausland verloren hat, können bedürftige Haushalte nur entlastet werden, wenn einkommens- und vermögensstarke Haushalte die Mehrbelastung tragen. Die Hilfsmaßnahmen sollten überdies EU-weit koordiniert werden, um – anders als bislang – eine marktwirtschaftliche Preisüberwälzung zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden.